

Agrarpolitik 2022+: Bundesrat erkennt Klimaproblematik

Bern, 13. Februar 2020. Der Bundesrat veröffentlichte heute die Botschaft zur Agrarpolitik 2022+. Die Klima-Allianz Schweiz mit ihren 87 Mitgliedsorganisationen vermisst griffige Massnahmen, wie die Schweizer Landwirtschaft endlich in eine klimaschonende Kreislaufwirtschaft mit angepasstem Nutztierbestand umgebaut wird.

Der Botschaft zur Agrarpolitik 2022+ fehlen konkrete Lösungsvorschläge, wie die Landwirtschaft ihren Beitrag zur Minimierung der Klimaerwärmung leisten und wie sie selbst als Betroffene die Herausforderungen meistern soll. Dabei böten landwirtschaftliche Böden bei entsprechender Bewirtschaftung die Chance, grosse Mengen an Kohlenstoff in Form von Humus zu speichern und so Teil der Lösung zu sein.

Netto Null auch für die Landwirtschaft

Bereits in ihrer Vernehmlassungsantwort zur AP22+ hat die Klima-Allianz von der Schweizer Agrarpolitik einen mutigen Schritt nach vorne gefordert. Doch diesen lässt der Bundesrat in der vorliegenden Botschaft vermissen – eigentlich erstaunlich, wo er sich doch bis 2050 eine klimaneutrale Schweiz als Ziel gesetzt hat. Netto-Null-Emissionen gilt auch für die Landwirtschaft. Mit dem vorgeschlagenen Flickenteppich aus gut gemeinten Massnahmchen ist das nicht erreichbar. «Wir müssen dringend umdenken – und dabei nicht nur an kleinen Schräubchen drehen, sondern die Weichen grundsätzlich neu stellen», fordert Klima-Allianz-Geschäftsleiter Christian Lüthi. Dazu gehört, dass der Tierbestand an die in der Schweiz verfügbare Futtermittelbasis anzupassen ist.

Konsequente Förderung klimaschonender Systeme

«Was wir brauchen ist eine echte Kreislaufwirtschaft, die sowohl die Futter- wie Energiefrage einbezieht», erklärt Franziska Schwab von der Kleinbauern-Vereinigung. Die Klima-Allianz fordert eine Abkehr von einer tierbasierten Intensivbewirtschaftung hin zu einer ökologischen, pflanzenbasierten Landwirtschaft mit lokalen Nährstoffkreisläufen. Eine Klimasteuer, die auf alle Produkte proportional zu den verursachten Treibhausgasemissionen erhoben wird, hilft die Neuausrichtung insgesamt zu beschleunigen. Und zwar gleichermassen für im Inland produzierte wie auch importierte Produkte. Flankierend dazu gilt es Fehlanreize wie die Förderung der flächenungebundenen Tierhaltung abzubauen. «Es ist auch völlig unverständlich, warum der Fleischkonsum nach wie vor über Absatzfördermassnahmen durch den Bund gefördert wird», bemängelt Eva Wyss vom WWF. «Es ist nun am Parlament, Vorschläge zu erarbeiten, welche die notwendige Neuausrichtung der Landwirtschaft mit unseren Bäuerinnen und Bauern ermöglichen», fordert Georg Klingler von Greenpeace.

**Weitere Informationen erhalten Sie bei den folgenden
FachspezialistInnen der Klima-Allianz:**

Christian Lüthi, Geschäftsleiter Klima-Allianz, 076 580 44 99

Eva Wyss, Landwirtschaftsexpertin, WWF Schweiz, 079 352 09 47

Franziska Schwab, Kleinbauern-Vereinigung, 031 312 64 00

Georg Klingler, Leiter Klima Greenpeace Schweiz, 079 785 07 38